

L1 Nie Ohne Mein Team - Klimakampf braucht Arbeitskampf

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Inhaltlicher Schwerpunkt

Antragstext

1 Dürresommer, Flutkatastrophen und jedes Jahr ein neuer Hitzerekord: Die ersten
2 Folgen der Klimakrise sind schon jetzt auch bei uns in Nordrhein-Westfalen
3 spürbar. Weltweit nehmen die Tode durch Hitze und Mangelernährung zu, Waldbrände
4 toben schon im Frühjahr und ganze Inseln verschwinden bereits. Seit Jahrzehnten
5 sind die Folgen der Klimakrise absehbar, seit einigen Jahren spürt man sie
6 weltweit. Und die Auswirkungen werden mit jedem Zehntel Grad Klimaerwärmung
7 dramatischer.

8 Gleichzeitig gibt es keine Antworten der Regierungen in Bund und Land, die der
9 Dramatik der Klimakrise etwas entgegensetzen könnten. Statt eines konsequenten
10 Umsteuerns erleben wir politisches Versagen: Konservative und Liberale
11 blockieren aktiv Fortschritte in der Klimapolitik, vom selbsternannten
12 Klimakanzler Scholz ist nichts mehr übrig. Dazu kommt, dass auch GRÜNE
13 Regierungspolitik uns nicht in Richtung 1,5 Grad-konforme Politik gebracht hat.
14 Die Bundesregierung reißt jedes Jahr aufs Neue ihre selbst gesteckten, immer
15 noch viel zu ambitionslosen Klimaziele.

16 Auch Nordrhein-Westfalen ist weit davon entfernt, das Land in Richtung
17 Klimaneutralität zu bringen und Politik im Sinne des Pariser Abkommens & der
18 dramatischen Realität der Klimakrise zu machen. Das Abbaggern und Verfeuern der
19 Kohle unter Lützerath durch den Energiekonzern RWE macht für NRW die Einhaltung
20 seines Co2-Budget aus international abgestimmten Klimazielen quasi unmöglich.

21 Zusätzlich zur Reduzierung der bewilligten Kohlemengen muss die Landesregierung
22 jetzt einen Plan vorlegen, wie sie den zusätzlichen Ausstoß von CO2 durch die
23 Blöcke im Kraftwerk Neurath kompensieren wird, um die CO2-Restbudgets für NRW
24 nicht zu überschreiten. Dafür braucht es Einsparungen im Energiesektor, aber
25 auch in den anderen Sektoren. Um diese Einsparungen plan- und überprüfbar zu
26 machen, braucht es Sektorenziele, die für die einzelnen Ministerien verbindlich
27 gelten müssen. Es darf nicht passieren, dass sich einzelne Ministerien aus der
28 Verantwortung ziehen.

29 Zudem muss das alte schwarz-gelbe NRW-Klimaschutzgesetz überarbeitet werden.

30 Erst 2045 klimaneutral werden zu wollen, geht an der Wirklichkeit der Klimakrise
31 vorbei. Für uns ist klar: Nordrhein-Westfalen muss spätestens 2035 klimaneutral
32 sein!

33 Was sich hier in NRW als großer Industrieregion klimapolitisch bewegt, hilft
34 auch, das globale Klima zu schützen und setzt ein Zeichen in Richtung Berlin und
35 Brüssel. Die klimapolitische Blockadehaltung der Mitte-Rechts Parteien muss
36 deswegen endlich aufhören.

37 Aus diesem Grund sind wir als GRÜNE JUGEND in Nordrhein-Westfalen als Teil der
38 Klimagerechtigkeitsbewegung auf den Straßen und verbünden uns mit den Menschen
39 vor Ort. Die Bewegung hat es geschafft, die Notwendigkeit einer wirksamen
40 Klimapolitik auf die politische Agenda zu setzen und dabei Millionen Menschen
41 mobilisiert. Dass gerade die Klimablockierer angesichts des Bündnisses von
42 Klimabewegung und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten versuchen, beide
43 zu diffamieren, verbietet sich.

44 Rechte Diskurse wie der einer "Klima-RAF" oder des "Ökoterrorismus" sind
45 gefährlich und zeigen nur die klimapolitische Unfähigkeit von Konservativen und
46 Liberalen. Als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung werden wir weiter für eine
47 Klimapolitik kämpfen, die der Radikalität der Klimakrise gerecht wird.

48 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 49 • Die Überarbeitung des Klimaschutzgesetzes NRW im Sinne der
50 Klimaneutralität spätestens 2035
- 51 • Verbindliche Sektorenziele für Nordrhein-Westfalen
- 52 • Eine Absage an die zunehmende Kriminalisierung der Klimabewegung

53 **Schluss mit fossilen Energien in NRW**

54 Im Januar wurde trotz riesigen Protests das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler
55 II geräumt. Auch wir als GRÜNE JUGEND in NRW haben uns den Zehntausenden
56 angeschlossen, die auf Demonstrationen und Aktionen gegen die Räumung und für
57 effektive Klimapolitik gekämpft haben.

58 Obwohl die Braunkohle einer der größten Klimazerstörer ist, wird die noch
59 förderbare Kohlemenge in Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre weiter
60 erhöht. Bis 2030 darf RWE weit mehr Kohle fördern und verbrennen, als zur
61 Erreichung der NRW-Klimaziele im Bereich Energie erlaubt wäre.

62 Und das, obwohl die Kraftwerke im rheinischen Revier zusammengerechnet ohnehin
63 schon die größten CO₂-Emittenten Europas sind. Für die Erreichung unserer
64 Klimaziele sind statt reiner Enddaten auch verbindliche Kohlemengen notwendig.
65 Im Sinne einer 1,5-Grad-konformen Politik muss das Land im Rahmen seiner
66 Leitentscheidung dafür sorgen, dass die für RWE noch förderbaren Kohlemengen
67 drastisch gesenkt werden.

68 Zudem ist noch nicht final entschieden, ob 2030 überhaupt Schluss mit der
69 Braunkohle in NRW sein wird. Laut Verständigung zwischen Land, Bund und RWE wird
70 2026 erst darüber befunden, ob RWE-Kraftwerke in die Reserve gehen und damit bis
71 2033 am Netz bleiben dürfen. Als GRÜNE JUGEND NRW ist für uns klar: Spätestens
72 2030 ist Schluss mit der Nutzung der Braunkohle!

73 Zudem gilt es einen Rollback in fossiles Gas zu verhindern. Die Lösung für die
74 mittel- und langfristige Energiesicherheit liegt in den Erneuerbaren und nicht
75 im Gas. Statt neue, fossile Infrastruktur zu bauen, braucht es einen
76 konsequenten Gasausstieg bis spätestens 2035. Das betrifft gerade auch die im
77 Eckpunktepapier mit RWE vorgesehenen neuen Gaskraftwerke im Land.

78 Beim Ausbau der Erneuerbaren in NRW sind erste Schritte bereits gemacht worden.
79 Gleichzeitig versucht die CDU beispielsweise, die vollständige Abschaffung der
80 unsinnigen pauschalen 1000 Meter-Abstandsregel bei der Windkraft hinauszuzögern.
81 Hier ist mehr Geschwindigkeit gefordert: Die Landesregierung muss die pauschale
82 Regelung unverzüglich abschaffen. Es braucht eine gleichzeitige Reduktion von
83 fossiler Energie und den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren. Deshalb muss
84 auch über Einsparpotentiale von Energie etwa in der Industrie oder bei den
85 Superreichen gesprochen werden. Denn der CO₂-Ausstoß ist auch eine Klassenfrage:
86 Die reichsten Prozente der Gesellschaft sind für einen Großteil der Emissionen
87 verantwortlich. Statt also die Hauptverantwortung Arbeiter*innen in der
88 Industrie zuzuschieben, müssen Konzerne und das reichste Prozent auch endlich
89 adäquate Einsparungen vornehmen.

90 Wenn absehbar zu wenig und zu langsam Erneuerbare ausgebaut werden, muss das
91 Land selbst investieren und mit einem Landesprogramm den Ausbau in der
92 öffentlichen Hand betreiben. Zusätzlich braucht es eine aktive Förderung des
93 Landes für Anwohner*innen und Arbeiter*innen, die bei sich vor Ort
94 genossenschaftlich die Energiewende vorantreiben und von dieser profitieren.

95
96 Die Produktion und Nutzung von chemischen Kraftstoffen aus Strom ist extrem
97 ineffizient und teuer. Deshalb sollen sie nur eingesetzt werden, wenn es für die
98 Industrie keine andere sinnvolle Möglichkeit gibt, etwa in der Stahlindustrie.
99 Wenn Wasserstoff importiert wird, müssen die Lieferketten reguliert werden.
100 Damit würden Gewinne nicht nur einseitig im Westen entstehen, Wissensweitergabe
101 könnte erfolgen, gute Löhne gezahlt und Menschenrechte geachtet werden.
102
103

104 Dem Mythos von massenhaft eingesetzten chemischen Kraftstoffen, gerade E-Fuels,
105 treten wir entschieden entgegen.

106 Der bevorstehende Strukturwandel und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft und
107 Gesellschaft bereiten vielen Menschen, gerade auch im rheinischen Revier, Sorgen
108 vor einer möglichen Verschlechterung ihrer materiellen Situation. Der
109 Strukturwandel muss daher politisch gelenkt stattfinden und im Sinne der
110 Menschen erfolgen. Dafür braucht es neue, klimaneutrale Jobs und massive
Investitionen in die Region.

111 RWE hat in der Region ganze Landstriche das Zuhause von Familien zerstört. Der
112 Konzern muss für die Ewigkeitskosten der Braunkohle aufkommen. Klar ist für uns
113 außerdem, dass bis zum Ende der Braunkohle keine weiteren Enteignungen für
114 fossile Energie mehr stattfinden dürfen.

115 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

116 • Die Reduktion der Kohlemengen im rheinischen Revier auf ein Paris-
117 konformes Niveau

118 • Die Streichung der möglichen Kohlereserve für RWE-Kraftwerke

119 • Den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien, dafür muss die
120 pauschale Abstandsregel für die Windenergie komplett fallen und NRW ein
121 Landesprogramm zum Bau von Erneuerbaren initiieren

122 • Einen Rollback bei fossilem Gas verhindern, dafür braucht es einen
123 Gasausstieg bis spätestens 2035

124 • Klare und strenge Vorgaben zum Einsatz von Wasserstoff und E-Fuels.

125 • Keine weiteren Enteignungen für fossile Energieträger

126 • RWE muss die Ewigkeitskosten der Braunkohle tragen

127 **Als Arbeiter*innen Hand in Hand**

128 Nie ohne mein Team! Wir meinen es ernst mit der klimagerechten Transformation
129 der Industrie. Für uns ist dabei klar, dass sie niemals auf dem Rücken der
130 Arbeiter*innen ausgetragen werden darf, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet
131 werden muss.

132 Dass jetzt etwas passieren muss, ist allen klar. Die fossile Industrie ist einer

133 der Haupttreiber der Klimakrise. Fast zwei Drittel der industriellen
134 Treibhausgase werden dabei von nur drei Branchen verursacht: Stahl, chemische
135 Grundstoffe und Zement. Alle drei produzieren in NRW, ob ThyssenKrupp im
136 Ruhrgebiet, die Bayer-Werke in Dormagen und Leverkusen oder die Zementwerke in
137 Beckum - alle diese Branchen müssen klimaneutral werden und das so schnell wie
138 möglich. Dabei sehen wir aber, dass der Markt es eben nicht regelt. Unter dem
139 unkontrollierten Strukturwandel im Ruhrgebiet mit Arbeitsplatzabbau, geringen
140 Löhnen und kaum Umschulungen leiden die Menschen und ganze Städte immer noch.

141 Was es stattdessen braucht, ist ein aktiver Umbau im Sinne des Klimas und der
142 Beschäftigten. So verhindern wir ersatzlosen Wegfall von tausenden gut bezahlten
143 Industriearbeitsplätzen in NRW. Der Umbau der Wirtschaft muss von und mit
144 Arbeiter*innen geschehen. Voraussetzung dafür ist eine echte Statusgarantie. Für
145 Beschäftigte in den fossilen Industrien müssen neue Jobs mit mindestens
146 vergleichbaren Tarifbedingungen her. Oftmals braucht es dafür eine Umschulung,
147 diese muss ebenso gut vergütet werden wie der Job. Denn Um- und Weiterbildung
148 sind der Schlüssel für einen gerechten Umbau, egal ob danach in der gleichen
149 Branchen gearbeitet wird oder ein völlig anderer Weg gegangen wird. Der Bedarf
150 an Fachkräften in den Erneuerbaren Sektoren ist hoch, für den Umbau der
151 Verkehrsinfrastruktur, des Energiesektors oder für die Wärmewende braucht es
152 tausende neue Stellen.

153 Aber für uns geht es nicht nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. 40 Stunden
154 Arbeit als Referenzwert, dazu Haushalt, Freund*innen und Familie managen ist an
155 jeder Lebensrealität vorbei gedacht. Erfunden für die "traditionelle Familie",
156 wo die Care-Arbeit von der Frau übernommen wird und der Mann das Einkommen
157 erwirtschaftet. Es ist an der Zeit, die 40-Stunden-Woche abzuschaffen. Eine
158 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist längst überfällig. Genauso
159 überfällig ist eine Jobgarantie - auch in NRW sind viele Menschen unfreiwillig
160 ohne Arbeit. Bei dieser Jobgarantie stellen Land und Kommunen gut bezahlte Jobs
161 bereit. Damit bekommen nicht nur alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz,
162 sondern stärken die Wirtschaft und federn Krisen ab.

163 Für uns ist dabei klar: Barrieren haben im Job nichts verloren, wenn wir
164 tatsächlich alle Menschen mitnehmen wollen. Wir müssen weg von sogenannten
165 Behindertenwerkstätten, in denen nicht einmal Mindestlohn gezahlt wird oder der
166 Arbeitnehmer*innenstatus gilt, sondern die Unternehmen in die Pflicht nehmen,
167 gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Dafür gehört das Prinzip der
168 Leistungsfähigkeit abgeschafft, es braucht Aufklärung und Beratung unter anderem
169 auch zu psychischen Erkrankungen und die UN-Behindertenrechtskonvention muss
170 konsequent umgesetzt werden.

171 Der Arbeitsmarkt muss inklusiv werden, sodass wir Seite an Seite für die
172 sozialgerechte Transformation kämpfen können.

173
174 Gute Arbeit braucht gute Bezahlung und gute Rahmenbedingungen. Garantiert wird
175 das oftmals durch einen Tarifvertrag. Dabei ist die Tarifabdeckung in NRW in den

176 letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen. Das bedeutet, dass immer weniger
177 Arbeiter*innen von einem Tarifvertrag profitieren, gerade bei den momentanen
178 Preissteigerungen wird das zum Problem. Umso wichtiger sind die aktuellen
179 Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst und die vergangenen Streiks bei der Post.
180 Wir stehen solidarisch Seite an Seite mit den Streikenden und begreifen
181 Gewerkschaften als enge Verbündete im Kampf für gute Löhne, faire
182 Arbeitsbedingungen und die klimaneutrale Transformation.

183 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 184 • Einen landeseigenen Transformationsfonds, um die Wirtschaft klimagerecht
185 umzubauen.

- 186 • Die Statusgarantie, die für Beschäftigte in den fossilen Industrien neue
187 Jobs mit gleichen Tarifbedingungen schafft.

- 188 • Ein Anspruch auf Um- und Weiterbildung bei vollem Lohnausgleich.

- 189 • Eine Arbeitszeitverkürzung auf regulär 28 Stunden bei vollem
190 Lohnausgleich.

- 191 • Das Recht auf Arbeit mit einer Jobgarantie, die durch Land und Kommunen
192 genügend Arbeitsplätze für alle diejenigen schafft, die arbeiten wollen.

- 193 • Ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz in NRW, sodass bei allen
194 Investitionen des Landes auch eine faire Bezahlung der Arbeiter*innen
195 garantiert wird.

- 196 • Die Abschaffung von sogenannten Behindertenwerkstätten und bis dahin
197 Mindestlohn und Streikrecht umsetzen. Außerdem müssen wir endlich
198 Unternehmen und Staat in die Pflicht nehmen, hin zu inklusiven Unternehmen
199 & guten Löhnen.

200 **Investitionen für Viele statt Profite für Wenige**

201 RWE und Vonovia haben eine Sache gemeinsam, beide sind große Konzerne, die mit
202 grundlegender Infrastruktur auf unsere Kosten Profite machen. Die Regierungen
203 gucken scheinbar hilflos dabei zu. Und das obwohl längst klar ist, dass RWE das

204 Klima zerstört und Vonovia Mieter*innen abzockt. Dabei liegt der Fehler im
205 System, Grundversorgung gehört in die öffentliche Hand, niemand sollte mit
206 Wohnraum oder Energieversorgung Profite in die Tasche der Aktionär*innen
207 wirtschaften können, niemand für Profite das Klima zerstören dürfen.

208 Für uns als Teil der gesellschaftlichen Linken ist klar: Grundversorgung gehört
209 vergesellschaftet. Ob RWE oder Vonovia, ob Energieversorgung oder Wohnraum - das
210 sollte uns allen gehören. Zentral für die Bekämpfung der Klimakrise ist doch,
211 welche Entscheidungen von großen Konzernen getroffen werden. Heute werden diese
212 aber oftmals alleine von Vorständen und Aktionär*innen der Unternehmen ohne
213 demokratische Legitimation getroffen. Über eine breite Demokratisierung der
214 Wirtschaft, beteiligen wir Arbeiter*innen direkt an den wichtigen Entscheidungen
215 und sorgen für eine klimaneutrale Wirtschaft und bezahlbare Preise.

216 Dafür braucht es viel Geld, anders als Finanzminister Lindner im Bund oder
217 Optendrenk im Land sagen, hinterlassen wir aber den künftigen Generationen keine
218 Bürde indem wir investieren, sondern sorgen für eine lebenswerte Zukunft! Denn
219 ob eine massive Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren, die Verkehrswende
220 oder die Infrastruktur für Wasserstoff - all das ist Grundvoraussetzung, wenn
221 wir die Klimakrise schnell bekämpfen wollen. Was passiert, wenn wir kein Geld in
222 die Hand nehmen, sehen wir an den Kommunen in der Haushaltssicherung. Kommunen
223 werden jeder Handlungsfähigkeit beraubt, klimagerechter Umbau vor Ort wird quasi
224 unmöglich. Die lang versprochenen Altschuldenlösung muss noch in diesem Jahr
225 umgesetzt werden, ob vom Land oder vom Bund ist egal, hauptsache es geht
226 schnell. Investieren bedeutet auch ein Ende der Schuldenbremse, denn bekämpfen
227 wir die Klimakrise jetzt nicht, bauen wir nicht sozialgerecht um, dann werden
228 die Kosten in der Zukunft unermesslich sein.

229 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 230 • Grundversorgung gehört in die öffentliche Hand: RWE und Co.
231 vergesellschaften.

- 232 • Die direkte Beteiligung der Arbeiter*innen an wichtigen unternehmerischen
233 Entscheidungen über eine Demokratisierung der Wirtschaft.

- 234 • Eine Investitionsoffensive des Landes für den Umbau der Industrie und die
235 Sicherung bezahlbarer Grundversorgung.

- 236 • Eine schnelle Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen über einen
237 Altschuldenfonds.

- 238 • Das Aussetzen und langfristig die Abschaffung der Schuldenbremse auf
239 Landes- und Bundesebene.

240 **Auf die Straße für gute Löhne & gerechte Klimapolitik**

241 Die Klimakrise ist längst da, die Inflation frisst die Löhne auf und die
242 Finanzminister Lindner und Optendrenk wollen den Gürtel enger schnallen. Als
243 GRÜNE JUGEND NRW ist uns klar: Wir lassen uns unsere Zukunft nicht verheizen und
244 nicht kaputtsparen. Bundes- und Landesregierung liefern längst nicht die
245 Antworten auf die Krisen unserer Zeit, deswegen müssen wir die Lösungen
246 erkämpfen. Weiter geht es jetzt mit dem Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst und
247 mit #WirfahenZusammen - Klimakampf braucht Arbeitskampf! Dafür stehen wir Seite
248 an Seite mit der Klimabewegung und den Gewerkschaften auf der Straße und fordern
249 laut, was uns zusteht: Eine Zukunft ohne Klimakrise, aber dafür mit guter
250 Arbeit.

Begründung

Erfolgt mündlich